

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Verlag Heinr. Jährenbrach, Düsseldorf, Florastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Nöcken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— M.

Nummer 45

Düsseldorf, den 10. November 1928

Verbandort Krefeld

Vor schweren Arbeitskämpfen in der sächsischen Textilindustrie

Zur Kündigung der Lohnsätze durch die Arbeitgeberverbände

Die Arbeitgeberverbände der Textilindustrie für West- und Ostfalen haben die bestehenden Lohnsätze gekündigt. Von der Kündigung werden rund 400 000 Arbeiter betroffen. Es ist mit ziemlicher Sicherheit damit zu rechnen, daß es in Sachsen zu einem Arbeitskampf kommen wird.

Nach uns vorliegenden Meldungen planen die zuständigen Arbeitgeberverbände eine Aussperrung der Arbeiter zum 15. November. Man hat die Absicht, nachdem der Schiedspruch für das M.-Glabbacher-Rheydter Textilgebiet für verbindlich erklärt worden ist, die Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften nunmehr im Bezirk Sachsen durchzuführen. Nach der bisherigen Meinung und gestützt auf vorliegende Meldungen wird man annehmen können, daß die Arbeitgeberverbände die alte Taktik einschlägt, d. h. zur Unterstützung der Arbeitgeberverbände von West- und Ostfalen in anderen Textilgebieten Aussperrungs- und Kündigungen anschlagen lassen wird. Es hat durchaus den Anschein, daß die Textilindustrie mit den Gewerkschaften eine grundsätzliche Auseinandersetzung durchführen will. Die Gewerkschaften haben sich vorerst zur Kündigung durch die Arbeitgeber noch nicht geäußert. Es ist jedoch anzunehmen, daß sie ihrerseits gewillt sind, den Kampf mit der Arbeitgeberverbände anzunehmen. Die Gefahr eines Großkampfes in der deutschen Textilindustrie, der durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches des M.-Glabbacher Bezirks behoben schien, ist in Wirklichkeit also noch nicht abgewendet, vielmehr wird man mit ersten Auseinandersetzungen rechnen müssen.

Kaum ist der Kampf der Textilindustriellen am Niederrhein beendet, und schon ergeht eine neue Kampfanzeige an die Textilarbeiterverbände von West- und Ostfalen. Diese Maßnahme der ist darauf hin, daß die in den rheinischen Textilbezirken nicht voll zum letzten Austrag gekommenen grundsätzlichen Auseinandersetzungen bezüglich der Lohnpolitik nunmehr an anderer Stelle erzwungen werden sollen. Das kann indirekt unter Umständen zu neuen Rückwirkungen auf alle deutschen Textilgebiete führen, wenn auf Grund zentraler Verbandsmaßnahmen etwa wieder

Die Politik der Aussperrungen

wirklich gemacht würde. Wie sind also wahrscheinlich doch noch nicht am Ende. Die Kampfanzeige an die Textilarbeiterverbände durch die Textilindustriellen von West- und Ostfalen zeigt deutlich das schon wiederholt in unserer Verbandszeitung erwähnte Bestreben der Textilindustriellen, Lohnkämpfe zum Anlaß von grundsätzlichen Auseinandersetzungen zu machen. Ob sich nun bald alle Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilindustrie das Vorgehen der Arbeitgeber zur Lehre dienen lassen?

Entscheidung des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie.

Eine am 25. Oktober in Berlin abgehaltene Vertreterversammlung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie nahm einstimmig folgende Entscheidung an: „Durch Nachspruch des Schiedsrichters für die Rheinlande wurden die für den Döhrener und M.-Glabbacher Textilindustriellenbezirk gefällten Schiedsprüche auf Antrag der Arbeitnehmer für verbindlich erklärt. Dadurch sind der Textilindustrie dieser Bezirke neue Lohnbelastungen aufgegeben worden, die in ihrer Auswirkung mit Sicherheit zu einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage führen und deshalb den Arbeitnehmern keine Verbesserung ihrer Lage bringen werden. Die Entscheidung des Schiedsrichters dient auch nicht dem Wirtschaftsfrieden, denn schon vorhin hat die Arbeitgeberverbände in ihrer Presse, daß sie den Kampf um weitere Lohnsenkungen in der Textilindustrie zum ersten „ihre geeignet erscheinenden Zeitpunkt“ fortsetzen werde. Die Vertreterversammlung erhebt einstimmig Protest gegen die der Wirtschaftslage in keiner Weise Rechnung tragende Entscheidung des Schiedsrichters. Sie erklärt erneut ihre einstimmige Gesinnung, auch weiterhin mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch sich zur Wehr zu setzen, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie durch neue Lohnbelastungen noch weiter zu verschlechtern.“

Durch neue Lohnbelastungen soll die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie noch weiter verschlechtert werden.

den. Wir kennen diese Melodien und kennen auch die Sänger. Welche sind so alt wie die Textilwirtschaft selbst. Verkleinerung der Unternehmergewinne ist für viele Industrie gleichbedeutend mit Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit der Textilindustrie.

Die Arbeitnehmer sollen auch schon wieder in ihrer Presse verkündet haben, daß sie den Kampf um weitere Lohnerhöhungen in der Textilindustrie zum ersten „ihre geeignet erscheinenden Zeitpunkt“ fortsetzen werden. Diese „wackelbewegende“ Feststellung wird in der Entscheidung der Vertreterversammlung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie aufgenommen, um darzulegen, daß die Entscheidung des Schiedsrichters im Konflikt in der rheinischen Textilindustrie nicht dem Wirtschaftsfrieden diene. Soll diese „Begründung“ vielleicht einen Eindruck auf ganz naive Gemüter machen, oder ist es nicht eine Kühnheit sondergleichen, wenn ausgerechnet diese Klassenkämpfer im Lager der deutschen Textilindustrie, die nicht davor zurückschrecken wollten, viele hunderttausende Textilarbeiter und -arbeiterinnen aus Verdienst und Arbeit zu bringen, sich als um die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens Besorgten hinstellen? Schon in der letzten Ausgabe unserer Verbandszeitung konnte in einem „Bevorstehende scharfe Arbeitskämpfe in der deutschen Textilindustrie“ überschriebenen Beitrag auf eine Unterredung eines Mitarbeiters des Politisch-Gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes mit einem führenden Syndikus der Textilindustrie verwiesen werden. Dieser Arbeitgeberverbändler hat ausgerechnet zur selben Zeit, wo andere Industrievertreter in Berlin in Entscheidungen sich um die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens „sorgten“, die Frage aus dem Sack springen lassen. Nach seinen Erklärungen ist bestimmt mit einer

Aussperrung von vielen Hunderttausenden zum 15. November

zu rechnen. So sieht also in Wirklichkeit die „Sorge“ um die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens durch die Textilindustriellen aus. Ja, Worte und Taten der Vertreter der Arbeitgeber der deutschen Textilindustrie stehen meist in einem krassen Widerspruch.

Nach dem Wortlaut der Entscheidung der Vertreterversammlung sollen auch die Entscheidungen der Schlichtungsinstanzen der Wirtschaftslage in keiner Weise Rechnung getragen haben. Auch diese Bemerkung in der Entscheidung ist wirklich nicht tragisch zu nehmen. Es verhält sich damit genau so wie mit dem unausgeheilten Schönen der Industriellen über die untragbaren sozialen Lasten der Wirtschaft. Nach der Meinung der Arbeitgeber in der Textilindustrie würden fast nur jene Schlichtungsinstanzen der Wirtschaftslage Rechnung tragen, die anstatt Lohnerhöhungen Lohnverschlechterungen, anstatt Arbeitszeitverkürzungen Arbeitszeitverlängerungen und überhaupt anstatt Arbeitsverbesserungen nur Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durch Schiedsprüche den Arbeitnehmern aufzwingen würden. „Die Wirtschaft von allen Fesseln befreien“, das ist das Programm dieser Manchesterleute auch in der deutschen Textilindustrie. Nach ihrer Auffassung müssen alle jene, die Kapital und Produktionsmittel besitzen, wieder frei schalten und walten können, durch nichts behindert und bedrückt. Dann würde für einige Wenige nochmals das „goldene“ Zeitalter anbrechen, wo diese schnell und auch möglichst ohne große Anstrengung reich würden und allein herrschen könnten. Ja, wenn es nach dem Willen dieser Leute ginge, müßte das Zeitalter zurückgedreht werden.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in der deutschen Textilindustrie werden scharf darüber wachen, daß die Bäume der Reaktionäre in der Textilindustrie nicht bis in den Himmel hineinwachsen. Sie werden vor wie nach mit aller Entschiedenheit dafür kämpfen, daß auch dem Arbeiter sein Recht wird, daß auch der Arbeiter seinen berechtigten Anteil an dem Ertrage seines Schaffens erhält.

Kündigung des Lohnsatzes auch für die münsterländische Textilindustrie

Dem Verband der münsterländischen Textilindustriellen ist der Lohnsatz für die münsterländische Textilindustrie zum 30. November gekündigt worden. Von dieser Kündigung werden im Bezirk des Tarifgebietes etwa 50 000 Textilarbeiter betroffen.

Kurz vor Redaktionsschluß ließ uns mitteilen, daß auch die Arbeitgeber des Westfälischen Textilindustriengebietes zum nächstmöglichen Termin den Lohnsatz gekündigt haben.

Der deutsche Außenhandel mit Textilfertigwaren

An der Verbesserung der deutschen Handelsbilanz im Verlaufe der letzten Monate hat die Textilindustrie einen wesentlichen Anteil. Der deutsche Textilfertigwaren-Außenhandel konnte seinen Ausfuhrüberschuß in den ersten drei Quartalen dieses Jahres gegen denselben Zeitraum des Jahres 1927 auf nahezu das Doppelte steigern, wie folgende Tabelle zeigt:

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausf.-Ueberschuß
1927 9 Monate	847 875	1 090 164	242 289 Mill. M.
1928 9 "	766 968	1 250 070	483 102 "

Während also die Einfuhr ausländischer Textilfertigwaren um mehr als 80 Millionen M. gesunken ist, stieg die Ausfuhr deutscher Textilfertigwaren um rund 160 Millionen M.

Für die einzelnen Monate ergibt sich folgendes Bild:

Monatsdurchsch. 1927: Einf. 97 851 Mill. M., Ausf. 124 171 Mill. M.	1928	
Januar	100 060	124 449
Februar	102 849	188 050
März	104 513	153 820
April	92 573	128 862
Mai	80 260	180 684
Juni	78 357	120 267
Juli	68 267	186 992
August	68 444	161 920
September	76 644	155 520

Die Textilindustrie hat es somit verstanden, für den Stocken geratene Inlandsmarkt auf dem Auslandsmarkt etwa einen Ausgleich zu finden.

Nationale Wirtschaftskonzentration und Gesetzgebung

Veratungen des Internationalen Kongresses der christlichen Gewerkschaften.

Verbandsgeschäftsführer Valtrusch (Berlin) sprach am zweiten Verhandlungstage über Nationale Wirtschaftskonzentration und die Gesetzgebung. Er führte u. a. aus: „Es scheint, als ob die Führer der kapitalistischen Wirtschaft eines der wichtigsten Gesetze des kapitalistischen Systems, das Gesetz von Angebot und Nachfrage, also die freie Konkurrenz, immer mehr außer Kraft setzen wollen. Der Zug der Wirtschaft geht zu Bindungen in Konzernen, Kartellen, Syndikaten und Trusts. Der Konkurrenzlauf kann nicht mehr mit dem Maßstab der Vorkriegszeit gemessen werden, weil die Preisgesetze monopolistischer Unternehmensformen gelten. Die Arbeiter aller Länder haben das größte Interesse, die Zwangsmittelbestrebungen scharf zu beobachten.“

Konzernbildungen und Interessengemeinschaften treten immer mehr in Erscheinung. Die Konzentration erfolgt durch Fusionen, durch Zusammenfassung in Beteiligungsgesellschaften zwecks Effektivenerwerb, durch Betriebs-, Abfall- und Patentgesellschaften, bei denen mehrere Unternehmungen eine besondere Gesellschaft für einen bestimmten Produktionszweig bzw. für den gemeinsamen Absatz der Produkte schaffen, sowie durch vertragliche Interessengemeinschaften, die sich durch die vertraglichen Bindungen von der reinen Beteiligungsform unterscheiden.

Ende 1927 wurden im Deutschen Reich 12 403 Aktiengesellschaften und rund 50 000 Gesellschaften mit beschränkter Haftung gezählt. Von Aktiengesellschaften hatten 11 966 bereits ein Nominalkapital von insgesamt 21,5 Milliarden Reichsmark. Die größten Gesellschaften machen nur 3,5 Prozent der Gesamtzahl der Gesellschaften aus, während ihr Anteil am Nominalkapital 84 Prozent des Gesamtkapitals beträgt. Die 60 Kleingewerkschaften des Geld-, Industrie- und Verkehrswezens vereinigen in sich eine besondere große wirtschaftliche und politische Macht, ganz abgesehen von den ca. 2500 Produktionskartellen und Handelskartellen.

Die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Wirtschaft tritt in Deutschland wohl schon früher als in anderen Ländern (von Rußland abgesehen) in die Erscheinung. Dem Reiche gehören die wichtigsten Verkehrsmittel. Eine Reihe Industriekonzerne sind reichsweit. Am anderen ist das Reich beteiligt, u. a. an der Elektrizitätswirtschaft. Am Bankwesen ist das Reich durch die Reichsbank, die Golddiskontbank, durch die Reichskredit-Aktiengesellschaft sowie durch die große Rentenbankkreditanstalt und durch die mit der Reichsbank arbeitende deutsche Verkehrs-Kreditbank usw. stark engagiert, ebenso die Länder und Kommunen. Das öffentliche Bankwesen steht kaum mehr hinter den Großbanken zurück. Allerdings ist die Wirksamkeit der öffentlichen Geldinstitute sehr viel geringer als die der gewaltigen privaten Bankkonzerne. Bei den Elektrizitätswerken erreichen in privatisierter Form 27 Prozent, gemischt-wirtschaftlich 29 Prozent (davon ist die öffentliche Hand mindestens beteiligt), gemeinschaftlich 50 Prozent (hierzu allem gemeinsam 40 Prozent). Die Gas- und Wasserversorgung wird durchweg in kommunalen Händen. Reich und Länder müssen sich um der Kontrolle der Gesellschaften willen bei den wichtigsten und grundlegendsten Erzeugnissen ihre Hand im Spiele haben, und die Kommunen werden auch in Zukunft nicht daran vorbeikommen, sich an den gemeinnützigen Betrieben entscheidend zu beteiligen. Nur dürfen diese Bestrebungen nicht dazu führen, die öffentlichen Monopolvertriebe zu nicht vertretbaren Finanzquellen für Reich, Länder und Kommunen, durch Auspörrung der breiten Volksschichten, zu machen.

Die Wirksamkeit der monopolistischen Unternehmungsformen wird verschiedentlich beurteilt. Die diesen Unternehmungsorganisationen angeschlossenen Mitglieder wollen möglichst die Preise auch in Krisenzeiten hochhalten. Jede kleine Lohnforderung der Arbeiter wird mit Preisserhöhungen beantwortet. Die meisten Kartelle haben keine produktionsfördernde Wirkung. Viele Unternehmer lassen sich ansehend gern ihre Selbstständigkeit in der Produktions- und in der Absatzfähigkeit durch die Kartelle nehmen, wenn diese hohe Gewinne garantieren. Die Arbeiter verlangen mit Recht eine gleichberechtigte Vertretung in den Verwaltungen der monopolistischen Unternehmungsorganisationen neben einer schärferen staatlichen Kontrolle und ebenso auch eine Vertretung in den öffentlich-rechtlichen Wirtschaftskammern, damit die Interessen der breiten Schichten des Volkes besser gewahrt werden.

Die Wirkungen der Kartelle sind nicht so günstig für die Arbeiterschaft. Wenn auch gut kartellierte Wirtschaftszweige leichter in der Lage sind, bessere Löhne zu zahlen, so wird dieser Nutzen doch fast stets durch das beobachtende stärkere Ansteigen der von den Kartellen beeinflussten Warenpreise aufgehoben. Ferner wird durch die Hochhaltung der Preise in Zeiten niedriger Konjunktur durch die Kartelle der Krisenzustand und damit die Arbeitslosigkeit verlängert. Die Kartelle fördern außerdem die Entwicklung zu größeren Betrieben, zu kombinierten Maschinenbetrieben, steigern in unnatürlicher Weise die Macht der Unternehmer und verschlechtern die Situation der Arbeiterschaft. Die Kartelle verkaufen ihre Waren des Öfteren im Ausland billiger als im eigenen Lande. Dadurch werden inländische Wettbewerber, die die kartellierte Ware teurer bezahlen müssen, in ihrer Konkurrenzfähigkeit beeinträchtigt.

Sind die Arbeitergewerkschaften Kartelle? Diese Frage wird besonders gern von den rein manchesterlich eingestellten Unternehmerkreisen und Wissenschaftlern bejaht. Demgegenüber ist zu betonen, daß der Arbeitsmarkt kein Warenmarkt und der Arbeitsvertrag kein Kaufvertrag ist. Die Arbeit ist an den lebendigen Menschen gebunden, ist also nicht eine tote Sache, ein Objekt, sondern die persönliche Leistung eines vom Arbeitswillen befehlten Wesens. Zudem haben die Gewerkschaften ja auch absolut kein Monopol. In Deutschland sind die Arbeitnehmer überhaupt erst zu einem guten Drittel gewerkschaftlich organisiert. In fast allen Ländern sind die Unorganisierten, d. h. die willfährigen Gehilfen der Unternehmerinteressen, weitaus in der Mehrzahl.

Das Markenartikelwesen stellt trotz aller Abstreitung eine Kartellierung in höchster Potenz dar. Die 232 Markenartikelhersteller in Deutschland haben einen eingetragenen „Markenschutzverband“ gegründet. Durch eine Preisreklame werden insbesondere den Hausfrauen die Markenartikel täglich eingehämmert. Die Reklame bezahlt der Konsument. Die Handelsaufschläge auf die Markenartikel sind meistens exorbitant. Gegen diesen Unfug gibt es außer den gesetzlich zu ergreifenden Mitteln ein gutes Mittel, nämlich die Konsumvereine. Dort sind die erstklassigsten Lebensmittel und Gebrauchsgüter im Preise ganz erheblich billiger als die sogenannten Markenartikel. Eine gründliche Aufklärung muß besonders in der Frauenwelt erfolgen. Die Gerichte müssen auch den Markenartikelherstellern mit ihren überhöhten Preisen entgegenwirken.

Zur Kontrolle der Kartelle, Syndikate und Truste ist vor:

1. Die Kartellgesetzgebung auszubauen und eine verstärkte Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Wirtschaftsführung herbeizuführen.

2. In allen monopolartigen Unternehmerorganisationen müssen Vertreter der Arbeitnehmer in die Geschäftsleitung als Gleichberechtigte aufgenommen werden.

3. Die Errichtung eines Kontrollamtes für Kartelle und andere Unternehmerorganisationen oder Unternehmungen, die nach Größe und Art geeignet sind, einen wesentlichen Einfluß auf den Markt auszuüben. In ihm soll ein paritätisch aus sachkundigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammengesetzter Ausschuss mitwirken.

Es sollte verboten werden, daß die Produktionskartelle und Markenartikelhersteller den Handel hinsichtlich der Verkaufspreise binden. Ebenso müßte jede Form von sogenanntem Exklusivverkehr inibiert werden, d. h. der Verkauf von Waren hat an jedem zu erfolgen, der sie bezahlen kann und ein geordnetes Geschäft führt. Die öffentlichen Monopole dürften eine differenzierte Behandlung in rechtlicher Hinsicht in Zukunft nicht mehr erfahren. Auch sie sind unter die Kartellverordnung zu stellen. In bestimmten Fällen, wo man den Kartellen nicht anders beikommen kann, sind, wo der Erfolg sicher erscheint, zollpolitische Maßnahmen durch die Regierung in Anwendung zu bringen. Die Preise kann die durch die gesicherten Gewinne verlorene Unternehmerinitiative beleben helfen. Aufgabe der Gewerkschaften ist es, durch eine aktive Lohnpolitik, besonders in den monopolistischen Unternehmungen, den wirtschaftlichen Fortschritt zu sichern.

Gefahren der modernen Erwerbs- und Lebensverhältnisse für die Jugend

Unser Reichsjugendleiter, Kollege Fischer, Düsseldorf, hat bei Gelegenheit der ersten Reichstagung des Zentralnahrungsmittelausschusses der christlichen Arbeiterschaft am 28. 10. in Dortmund über diesen Gegenstand referiert. Nachstehend bringen wir einen kurzen Auszug aus dieser Rede, die von der Reichstagung in Dortmund mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Die Redaktion.

Wer die in der Jugend vorhandene gesundheitliche und sittliche Not verstehen will, muß die Gefahren kennen, die der Jugend aus den modernen Erwerbs- und Lebensverhältnissen erwachsen.

Solche Gefahren liegen zunächst in der Erwerbsarbeit selbst. Das Gros der erwerbstätigen Jugend ist in der Industrie beschäftigt. Die Art dieser Beschäftigung hat im Gegensatz z. B. zu jener im Handwerk an Charakter- und willensbildenden Werten eingebüßt. Das trifft besonders auf die ungelernete und angelernte Arbeit zu. Diese ist oft nur eine endlose Wiederholung ein und derselben Handgriffe. Die Maschine ersetzt das eigene Denken und Lieberlegen. Der junge Mensch vermag nichts Eigenes in die Arbeit hineinzulegen. Eine oft recht primitive Ausbildung läßt ihn den Zusammenhang des Arbeitsprozesses und die Bedeutung seiner Teilarbeit fürs Ganze nicht übersehen. So bietet die Arbeit keinerlei Anreiz. Sie läßt den jungen Menschen unbefriedigt und wirkt abstumpfend und geisttötend.

Willensbildung und damit auch sittliche Widerstandskraft werden beeinträchtigt. Andererseits aber wird ein Lebenshunger ausgelöst, der — nicht in richtige Bahnen gelenkt — dem jungen Menschen zum Verderben gereichen kann.

Gesundheitliche Gefahren birgt das Erwerbsleben durch eine ungebührliche Inanspruchnahme der jugendlichen Arbeitskraft durch zu lange Arbeitszeit sowie durch ungenügenden Schutz derselben gegenüber den betrieblichen Gefahren und durch den Mangel ausreichender Ferien. Die von dem Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände veranstaltete Ausstellung erbrachte ein reichhaltiges Material über den Umfang dieser Gefahren.

Sittliche Gefahren bringt vor allem das Zusammenleben vieler im Fabrikbetriebe sowie der Weg von und zu der Arbeitsstätte. Der junge Mensch ist da der Beeinflussung durch sozialistische und kommunistische Menschen ausgesetzt. Er hört die Spötteleien über Religion und Kirche, die Herabsetzung der geistlichen und weltlichen Autorität. Das Schlimmste aber sind die gemeinen Joten und unfähigen Redensarten; eine das „Sichausleben“ predigende, niederdrückende „Aufklärung“ über jeztuelle Dinge.

Das frühe Geldverdienen der an- und ungelerneten jugendlichen Arbeiter macht leicht ein gefährliches Unabhängigkeitsgefühl gegenüber dem Elternhause. Werden der Junge oder das Mädchen dann von gewissenlosen Kameraden oder Freun-

dinnen aufgestachelt, sich nichts mehr gefallen zu lassen, dann kommt es leicht zum offenen Konflikt und zum Verlassen des Elternhauses.

Gefährlich ist der Jugend die „Erwerbslosigkeit“. Gerade sie kann den trotz mancher Mängel in jeder regelmäßigen Beschäftigung liegenden erzieherischen Einfluß am wenigsten entbehren. Längere Erwerbslosigkeit setzt vor allem die ohnehin gefährdete Großstadtyugend leicht der Gefahr der Verführung und der Verwahrlosung aus. Allerdings ist angesichts des durch den Krieg herbeigeführten Geburtenausfalles in den nächsten Jahren mit einer erheblichen Erwerbslosigkeit der Jugend nicht zu rechnen.

Die immer noch unzureichenden Einkommensverhältnisse breiter Volksschichten haben oft unterer nährung der heranwachsenden Jugend im Gefolge. Diese bleibt in der körperlichen Entwicklung zurück. Die vom preußischen Wohlfahrtsamt 1924 herausgegebene Denkschrift brachte geradezu erschreckendes Material. Wohl haben sich die Gesundheitsverhältnisse der Jugend mittlerweile gebessert. Neue Erhebungen zeigen aber, daß die Fortbildungsschüler an Körpergröße und Gewicht sowie an Brustumfang den gleichaltrigen Schülern höherer Lehranstalten immer noch erheblich nachstehen. Ungenügende körperliche Entwicklung hat aber nicht selten auch eine geringere sittliche Widerstandskraft im Gefolge.

Unzureichende Einkommensverhältnisse begünstigen aber auch die Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder, die für diese gesundheitliche als auch erzieherische und sittliche Nachteile nach sich zieht. Sie fördern ferner die Erwerbsarbeit verheirateter Frauen mit ihren schädlichen Auswirkungen für das Familienleben und die Erziehung der Kinder.

Das ungenügende Bildungsniveau der von der Arbeiterbewegung überhaupt nicht oder nur äußerlich erfaßten geistig trägen Schicht der Arbeiterbevölkerung hat ebenfalls ungünstige Auswirkungen. Mangelnde Kenntnisse und Fertigkeit in der Hauswirtschaft und Gesundheitspflege, mangelnde Widerstandskraft gegenüber den verführerischen Lockungen der modernen Mode, sowie ungenügende Bereitwilligkeit auf entbehrliche Genussmittel und Modetorheiten zugunsten notwendiger Bedarfsartikel zu verzichten, verschärfen die aus einem an sich schon unzureichenden Einkommen erwachsenden Minderwirkungen auf die körperliche Entwicklung der Jugend. Dazu kommt dann oftmals noch eine vollständige Hilflosigkeit der Eltern in der Bewältigung der mit der Erziehung unserer Jugend verbundenen Aufgaben und Schwierigkeiten.

Wohl mit am stärksten gefährden die Wohnungsverhältnisse die heranwachsende Jugend. Das vielfach noch herrschende Wohnungselend schreit zum Himmel. In engen, überfüllten, dunklen und häßlichen Wohnungen kann sich die Jugend nicht heimlich fühlen. Grinst ihr noch fortgesetzt die Armut von den harten Wänden entgegen, dann ist es verständlich, wenn die Jugend sich in Kino oder Tengel-Tangel, auf dem Tanzboden oder Sportplatz heimischer fühlt als in der eiterlichen Wohnung. Lärm, überfüllte und feuchte Wohnungen, überfüllte Schlafkammern, Zusammen schlafen mit mehreren, oft kranken Personen in einem Bett, Zusammenschlafen der Kinder mit Eltern, Erwachsenen oder gar mit Fremden öffnen der gesundheitlichen und sittlichen Gefährdung Tür und Tor. In solchen Verhältnissen kann kein körperlich und sittlich gesundes Geschlecht heranwachsen.

Wohnliche Verhältnisse hat das Kost- und Schlafgängerwesen. Die Schlafstube, meist ungemütlich, im Haushalt des Kostwirts bezw. des Schlafstellenvermieters oft kein sehr angenehmer Aufenthalt, ist die Verjudung zum Wirtschaftsbuch oder zum Besuch zweifelhafter Vergnügungsorten recht groß.

Endlich birgt auch der moderne Sportbetrieb allerhand Gefahren in sich. Gegen einen in vernünftigen Grenzen zur körperlichen Erleichterung betriebenen Sport ist sicher nichts einzuwenden. Gefahren liegen aber in den sportlichen Uebertreibungen, in dem vollständigen Aufgehen in Sport und in der nervenkitzelnden sportlichen Wettkämpfen. Gefahren liegen ferner in dem dem Sportbetrieb oft anhängenden Vereinsvergägen und Trinkereien, die nicht nur zu zügelloser Ausgelassenheit, sondern auch leicht zu sittlichen Ausschweifungen führen.

Die aufgezählten Gefahrenquellen weisen von selbst auf die ungeheure volkliche und kulturelle Bedeutung der von den christlichen Gewerkschaften und

Reisezeit

Ich schreite durch des Herbstes goldne Nacht,
Der Reife Gotteswunder schau ich wieder,
Vom Himmel, der es tiefblau überdacht,
Strömt, segnend es, der Sonne Glanz hernieder.

In Früchten prangend neigen Busch und Baum
An den von Felchen dicht umfäumten Wegen
Wie dankend sich, weil nun ihr Frühlingstraum,
Ihr heiliger, der Erfüllung gegni entgegen.

Und in den Aehrenfeldern, ertehauchumweht,
Erhebt ein Klang sich wie von Sichelzwingeln,
Der Frühherbstabendwind, der drüber geht,
Beginnt ganz leis ein uraltes Lied zu singen:

„Gelobt sei Gott, der Feuernd jeder Not
Begnadet auch mit Sonnenschein und Regen,
Damit ihr werdet heilig täglich Brot,
Gelobt sei Gott für seinen reichen Segen!“

Johanna Weiskirch.

Bei den Tanzenden Derwischen

Von Johanna Weiskirch.

Viele Orientreisende werden den feistlichen Veranstaltungen der Mevlevi (Orden der Tanzenden Derwische) in Konstantinopel oder Kairo beigewohnt haben und die dabei in sich aufgenommenen eigenartigen Bilder in der Erinnerung tragen. Die in der türkischen Hauptstadt fast wöchentlich veranstalteten Tänze der Derwische waren in früheren Jahren immer mehr oder weniger auf den Fremdenzustrom eingestellt, der von geschäftstüchtigen, mit allen Kniffen des Orients vertrauten Dragonen in die Moschee geleitet wurde. Mir kam die Ekstase der sich auf einem verhältnismäßig kleinen Raum drehenden Tanz-Derwische stets etwas unnatürlich gemacht vor, so, als fühlten sie sich verpflichtet, den aufsuchenden Fremden ein atembeklemmendes Grinsen über den Leib zu jagen, was ihnen auch häufig gelang. Wie so ganz anders war der Eindruck, den ich während meines zweijährigen Aufenthaltes im alten Ikonium von den großen Bairam-Tänzen der Mevlevi empfing. Dort, wo einst am Hofe des kunstfertigen Selbshüchensfürsten Ala-Eddin Kai Robad I. der persische Gelehrte und Dichter Djelaleddin gottliche Aufnahme fand und zum Gründer des Ordens

der Tanzenden Derwische und ihr erstes hohepriesterliches Oberhaupt wurde. Ueber seinen Gebeinen und denen seiner Nachfolger in diesem höchsten Amte bis auf den heutigen Tag wölbt sich eine aus leuchtendblauen, mit Koraninschriften und kunstvollen Ornamenten gezierten Kacheln gedeckte Kuppel, deren blaues Leuchten in der Sonne blendet. Sie ist die einzige äußere Schönheit der von Djelaleddin erbauten Grabmoschee, dem sogenannten Turbe, aber um so interessanter ist das Innere.

Dort muß man gestanden haben, wenn sich in dem weiten, glänzend parquettierten und strahlend erhellten Gotteshause Hunderte von Derwischen am höchsten ihrer Feste, an Bairam zu Ehren Allahs und des Propheten im Tanze drehen. Dann scheinen die mit den wunderbarsten Kacheln bedeckten und mit köstlichen Gewändern und Derwisch-Kopfbekleidungen bedeckten Särge der Hohenpriester, Tschelibi genannt, Leben zu bekommen. Der mit den edelsten Jaguncen gezierte Bogen, der sich über dem Eingang zur Grabkammer wölbt, prüht dann in magischem Glanze auf, und des Hindurchschreitenden bemächtigt sich eine eigenartige Stimmung. Hier geht einem auch das Verständnis auf für die bis in unsere Zeit andauernde Verehrung der Bekannter Mohammeds für die Nachkommenschaft des Gründers vom Orden der Mevlevi.

Als zum Beginn des Baues der Bagdadbahn, der eine Anzahl Deutscher für längere Zeit in Konia ansässig machte, mag es selten vorgekommen sein, daß Europäer dem großen Bairam-Tanze der Derwische zufahen. Erstens hätte der Zufall sie gerade zu diesem Feste nach Ikonium geführt haben müssen, und zweitens hätte nicht ein jeder so ohne weiteres eine Einladung dazu erhalten. Ich hatte Glück, erhielt sie sogar kurze Zeit vor dem großen Tanze vom Tschelibi selbst, als ich durch Vermittlung des Bahnarztes, der den frommen, aber sich sehr jovial gebenden Mann ab und zu behandelte, seinen Harem in dem nicht weit von Konia gelegenen Gartenstädtchen Meram besuchte. Und so befand ich mich denn am Abend des Mitt-Bairam-Festes mit noch einigen Geladenen auf der weißgestrichenen Gäßebalustrade des riesigen Tanzsaales, die sich wenig erhöht über dessen Parkett erhebt. Nicht weit davon befanden sich die Musikanten, die ihren selbstszen gestornen, wie aus uralten Zeiten stammenden anmutenden Instrumenten einstimmig nur vereinzelte merkwürdig klingende Töne entlockten, gleichsam als Einleitung ihrer nahen wichtigen Tätigkeit, die ihnen einen nicht geringen Nimbus verleiht. Unter dessen verarmten sich die zum Zuschauen erschienenen Gläubigen und stellten sich ringsum dichtgedrängt an den Wänden auf. Eine feierlich gestimmte Menge war es in Festtagsgewän-

bern, die ob ihrer Mannigfaltigkeit äußerst reizvoll kontrastierten. Eine schier unwirkliche Stille herrschte, da alle Andächtigen auf Strümpfen waren. Die Schübe mit dem unbelligen Staub der Straßen waren draußen in den Gängen und Vorhallen geblieben. Erwartungsvoll verharrete die Menge unter den in Glasbehältern aller Formen und Farben brennenden unzähligen Öllämpchen, wie sie auch von außen die Konturen der Moschee, ihre Tore, Bogenfenster und die Brüstungen der Minaretts säumten und in langen, schimmernden Ketten von Turm zu Turm schaukelten.

Wie gebannt hingen meine Blicke an den interessanten eigenartigen Bildern um mich her, bis mich die prachtvolle Stimme eines betenden Imams hoch oben vom Minaret des Turbe aus meinen Betrachtungen riß:

„Allah ehber, Allah ehber la ilallah Mohammedu illah“ („Gott ist allmächtig, es gibt keinen Gott außer Allah und Mohammed ist sein Prophet“)

Der letzte Ton dieses ergreifenden, imposanten Gebetes vibrierte noch an den Wänden des Tanzsaales, als unter dem Boranschreiten eines weißgekleideten Zeremonienmeisters in Gestalt eines riesigen Arabers, der dreimal seinen Stab klirrend aufstieß, der Tschelibi mit seinem ältesten Sohn und Nachfolger, bald heilaut jubelnden Weisen begann die Feierlichkeit. Zunächst fand ein mehrmaliger Rundgang durch den Saal statt, bei dem am Anfang zur Grabkammer seiner Vorgänger der Tschelibi, sich tief verniegend, verharrete, desgleichen die ihm folgenden Ordensangehörigen. Dann verkündete ein dumpfer Trommelwirbel den Beginn des Tanzes, und im Nu drehten sich auf einmal diese hunderte in einheitlicher graugrüner Tuchgewandung und auf bloßen Füßen erschienenen Derwische um ihre eigene Aze. Die weißfarbigen Röcke umwehten in regelmäßigen Serpentinlinien ihre Gestalten und ließen die um die Fußknöchel befestigten weißen Beinkleider sehen. Langsam, feierlich breiteten alle diese Männer ihre Arme wagerecht aus, wobei die eine Hand zur Erde, die andere zum Himmel gedreht war. Und so bewegten sie sich leicht erhobenen Hauptes in immer schnellerem Rhythmus um sich selbst, ohne sich auch nur im geringsten zu berühren, kaum ihren Platz verändernd.

Während der Sohn des Tschelibi durch die Schnelligkeit seiner Drehungen beim Tanze allgemeine Bewunderung erregte, nahm der Tschelibi selbst nur durch einige langsame Rundbewe-

den konfessionellen Standesvereinen, sowie von den gewerkschaftlichen und konfessionellen Jugendorganisationen betriebene, vorbeugende Wohlfahrtsarbeit an der Jugend hin. Diese vorbeugende Arbeit will die materiellen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein und die hierzu erforderliche Freiheit erstreben. Sie ist auf den gesundheitlichen und sittlichen Schutz der Jugend im Vertriebe und auf Weckung des Verantwortungsgedankens der erwachsenen Arbeiter gegenüber der Jugend bedacht. Sie will durch eigene Maßnahmen und durch Beeinflussung der Staats- und Kommunalbehörden den Wohnungsbau zu beschleunigen das Wohnungswesen zu beseitigen suchen. Sie macht die Eltern mit dem Wesen der heutigen Jugend und mit den dieser drohenden Gefahren und mit den Mitteln und Wegen zu deren Hebung vertraut. Sie sammelt die Jugend und sucht sie zu sticht gefestigten, berufstätigen und standesbewussten Menschen und vollwertigen Staatsbürgern zu erziehen. Sie sucht der Jugend Sinn für edle Erholung, für Kunst und Literatur zu wecken und dadurch ein Gegengewicht gegenüber den Lockungen des Großstadtlebens zu schaffen. Sie ist endlich befreit, die Jugend durch vernünftig betriebenen Sport und durch Spiel, Wanderungen, Besichtigungen, Kurse und dergleichen zu einer ihr vorteilhaften Verwendung der Freizeit zu veranlassen.

Trotz all dieser Bestrebungen bleibt noch viel individuelle Jugendnot zu beheben oder doch zu lindern. Das aber ist dann Aufgabe unserer Wohlfahrtsauschüsse.

Tagung des Bundes deutscher Bodenreformer

In den Tagen vom 28. September bis 1. Oktober dieses Jahres veranstaltete der Bund Deutscher Bodenreformer in Koblenz seinen 32. Bundestag. Aus allen Teilen unseres Vaterlandes waren die Freunde des Bundes nach der Stadt am Deutschen Eck zusammengeströmt, um dort in erster Arbeit für das Wohl des Volkes zu wirken.

Bodenreform. Dieses Wort löst in Millionen deutscher Herzen die Hoffnung aus, daß es doch einmal gelingen muß, das Ziel, welches sich diese Bewegung unter Führung des hervorragenden und nie ermüdenden H. Damaskhe gestellt hat, zu verwirklichen. Jenes Ziel, das jedem Deutschen, der eine Heimstätte, gesichert durch das Reichsheimstättengesetz, wünscht, eine solche zu Teil werde.

Bodenreform. Dieses Wort löst aber auch andererseits in tausend und abertausend deutscher Herzen eine Kampfanregung aus, die nicht zu überbieten ist. Es sind jene Kreise, die da glauben, den deutschen Boden nur für sich beanspruchen zu dürfen und mit demselben Handel zu treiben, wie es ihnen gefällt. Gemeint sind hier die Großgrundbesitzer und Terraingesellschaften. Über nicht nur diese, auch weite Kreise der deutschen Landwirtschaft und des Bürgertums bekämpfen die Bestrebungen der Bodenreformer. Man glaubt, daß die Ziele, die diese Bewegung sich gesteckt hat, geeignet sind, den Eigentumsbegriff zu unterhöhlen. Und doch ist nichts falscher als diese Auffassung. Würden die Bodenreformer eigentumsfeindlich sein, dann wäre ihre Forderung nach Eigenheimen widerförmig. Es ist schon so, wie Damaskhe auf der Tagung in Koblenz den Gegnern zurief, sie müßten doch einmal vorurteilslos die Schriften des Bundes studieren, dann sei er überzeugt, daß ein großer Teil der heutigen Gegner Freunde der Bewegung würden. Und wenn bei der Begrüßung der Versammlung durch den Vertreter des Reichsarbeitsministers darauf hingewiesen wurde, daß die letzte Zahlung ergeben habe, daß rund eine Million Wohnungen in Deutschland fehlen, dann ist es geradezu unverantwortlich, sich gegen derartige Bestrebungen zu stellen.

Wie sehr gerade die Arbeiter an der Bodenreform interessiert sind, zeigte die Tatsache, daß zwei Arbeiterführer in grundlegenden Referaten zu diesen Fragen Stellung nahmen. J. J. J. M. d. R., schilderte in feinfühligster Weise die Nöte des Arbeitervolkes, das Mietskasernenland in den Großstädten und die vielfach gänzlich ungenügenden Wohnverhältnisse auf dem Lande. „Demokratisierung der Wäntendeteiligung“ — so meinte er — könne zwar mitbewirkende Arbeiter schaffen, aber noch kein in sich ruhendes Arbeitervolk. Dazu gehöre Heim und Erde. Deshalb sei die richtige Verteilung und Verwaltung des

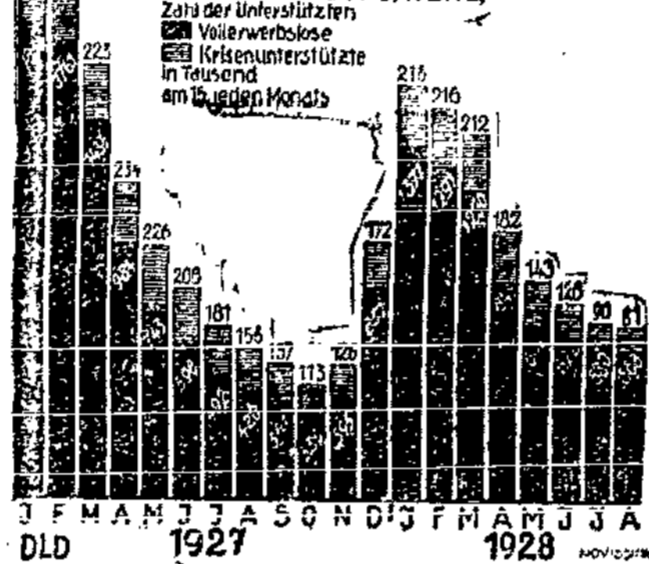
Bodens für die Arbeiterschaft von grundlegender Bedeutung. Die Arbeiterschaft müsse dafür sorgen, daß die Bodenreformbewegung immer mehr Volksbewegung werde.“

Der Sonntagmorgen wurde eingeleitet mit Festgottesdiensten auf katholischer und evangelischer Seite. In den Predigten wurde auf die Bedeutung der Tagung hingewiesen und besonders der Wert dieser Bestrebungen im Lichte des Glaubens aufgezeigt. Mancher alte Kämpfer mag dort wieder neuen Mut und neue Kraft gefunden haben zu weiterer unermüdlicher Arbeit für die Sache der Bodenreform.

Als dann die Tagung weiter fortgeführt wurde und in endloser Reihe die Begrüßungen durch alle möglichen Organisationen und Vereinigungen erfolgte, da mußte auch dem Gegner der Bodenreform klar werden, daß eine Bewegung, die sich solcher Sympathien im deutschen Volke erfreut, ihren Siegeszug nehmen muß. Aber andererseits mußte auch der Freund der Bewegung sich fragen, warum denn bei soviel Freundschaft und bei soviel Waffenbrüderschaft die Sache der Bodenreform nicht längst zum glücklichen Siege geführt werden konnte.

Zwei Vertreter der deutschen Beamtensorganisation, Geheimrat Falkenberg, M. d. R. (Allgemeiner Deutscher Beamtensbund), und Direktor Kemmers (Deutscher Beamtensbund) referierten sodann über „Berufsbeamtentum und Bodenreform“. In beiden Referaten kam das enge Zusammengehen der Beamten mit der Bodenreform zum Ausdruck. Gerade von der Beamtenschaft sei der Gedanke des Zweckparens aufgegriffen worden. „Bodenreform und Heimstätte gehören — so meinte Herr Kemmers — in alle Zukunft zum eiserernen Bestand des Programms der deutschen Beamtensbewegung.“ Diese bestimmenden Erklärungen der Führer der großen Beamtensbewegungen sind sicher ernst zu nehmen, und es steht auch gewiß der ehrliche Wille dahinter, in diesem Sinne zu arbeiten. Aber trotzdem darf nicht übersehen werden, daß gerade in manchen

Die Erwerbslosigkeit in Deutschland



Die Erwerbslosigkeit Mitte August. Zum ersten Mal seit Januar d. J. hat in der Zeit vom 1. bis 15. August die Zahl der unterstützten Arbeiter in der Arbeitslosenversicherung, wenn auch geringfügig, zugenommen. Es hat den Anschein, daß der niedrigste Stand der Erwerbslosigkeit, der im vorigen Jahre erst Mitte Oktober erreicht wurde, in diesem Jahre bereits überschritten ist.

Kreisen der Verwaltungsbeamten im entgegengesetzten Sinne gehandelt wird. Wie wäre es sonst zu erklären, daß gemeinnützigen Baugenossenschaften, wie auch einzelnen Bewerbern, die im Sinne des Reichsheimstättengesetzes Wohnungen erstehen wollen, die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden? Hierfür wurden auf einer Tagung der „Rheinischen Reichsheimstättenzentrale“, die inzwischen durchgehalten wurde, ganz erschreckende Beispiele aus rheinischen Gemeinden angeführt. Mag hier auch nicht immer böser Wille die Triebfeder sein, so ist doch auch Unkenntnis auf diesem Gebiete nicht zu entschuldigen.

Der Sonntagnachmittag brachte dann noch zwei Referate von hervorragenden Gelehrten. Zunächst sprach Geh. Reg. und Landesökonomiker Prof. Dr. Aereboe, Berlin, über das Thema: „Die Bedeutung der Steuerfrage für die Gesundung der Landwirtschaft“. Abbau der Einkommen- und Ausbau der Grundsteuer war seine Forderung. Dabei sei vor allem an ein Ansteigen derselben mit steigendem Bodenwerte und eine Progression mit steigendem Umfang und mit steigender Fruchtbarkeit des Bodenbesitzes zu denken. Durch eine solche Steuer sei schließlich der Großgrundbesitz gezwungen, Teile seines Besitzes freiwillig zu veräußern.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Bovenstiepen, Kiel, sprach dann noch über germanisches Recht und Bodenreform. „Die Durchführung bodenreformerischer Programmforderungen ist — so führte Redner aus — eine Befreiung auf allgermanische Rechtsgedanken. Gegenüber dem individualistischen römischen Recht, das heute in Deutschland gelte, müsse darauf hingearbeitet werden, das alte germanische bessere Recht wieder einzuführen.“

Der Montag brachte zunächst ein Referat von Justizrat Dr. Lierz, Düsseldorf, über „Eigentum und Enteignung“. Dieser Vortrag fand besonders aufmerksame Zuhörer. Handelt es sich doch hier darum, in solchen Fällen, wo ein dringendes Interesse der Allgemeinheit vorliegt, widerstrebenden Elementen im Enteignungsverfahren bei voller Entscheidung den Boden zu entziehen. Die heutigen gesetzlichen Bestimmungen reichen nicht aus, diesen Zweck zu erreichen. Die nachfolgenden vier Redner, alles Männer aus der Praxis, zeigten an Hand von Beispielen, wie wenig das heutige Enteignungsrecht in der Lage sei, seinen Zweck zu erfüllen. Als Damaskhe dann mit einem Hoch auf Volk und Vaterland die Tagung schloß, da hatte eine wirklich arbeitsreiche und gewiß auch erfolgreiche Tagung ihr Ende gefunden.

Was hat uns Arbeitern diese Tagung zu sagen? Zunächst, daß wir viel mehr als es bisher geschah, der Bodenreformbewegung unser Augenmerk schenken. Auch unser letztes Mitglied muß begreifen lernen, wie verheerend sich die Bodenrente gerade für den Arbeiter auswirkt. Wenn die große Unkenntnis, der gerade diese Frage in der Arbeiterschaft vielfach begegnet, überwunden ist, dann sind wir ein großes Stück weiter.

Des ferneren hat uns diese Tagung gezeigt, was bei den kommenden Auseinandersetzungen über das Bodenreform- und Steuervereinfachungsgesetz auf dem Spiele steht. Wenn schon im Mai 1928 fast eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage von

der Regierung die Vorlegung eines Bodenreformgesetzes verlangte und nach zwei Jahren die Sache immer noch nicht weiter gediehen ist, dann kann man ermaßen, wach starke Mächte dagegen arbeiten. Umso mehr müssen wir alle Kräfte anspannen und auf unsere Volksvertreter einwirken, daß endlich das Gesetz kommt. Bodenreformbewegung muß mehr noch wie bisher Volksbewegung werden. Nur so ist die gesunde Grundlage zu schaffen für eine wirkliche Höherführung unseres Arbeitervolkes. h.w.

Barmens Textilindustrie in Ziffern

Die Stadt Barmen hat vor einiger Zeit einen statistischen Anhang zu ihrem für 1927 erstatteten Verwaltungsbericht herausgegeben, der interessanten Material über die Stärke und Struktur der in dieser Stadt dominierenden Textilindustrie enthält. Die gemachten Angaben beziehen sich auf die im Jahre 1925 festgestellte Betriebszählung. Natürlich sind die Ziffern zum Teil überholt bezw. nicht mehr ganz stichhaltig, da durch die Konjunkturveränderungen, durch Betriebsvergrößerungen der Kunstseiden- und Möbelstoffindustrie verschiedene Änderungen eingetreten sind, so daß man unter Zuhilfenahme privater Schätzungen bei einigen Positionen eine Korrektur vornehmen muß. Jedenfalls darf man aber begrüßen, daß in Anbetracht des Umstandes, daß bisher stichhaltige Produktionsstatistiken über die Barmer Textilindustrie überhaupt fehlten, amtlicherseits eine derartige Veröffentlichung der Fach- und Wirtschaftswelt zugänglich gemacht wurde.

Unter den 16 Gewerbearten ist die Kunstseidenindustrie besser gesagt die Kunstseidenherstellung als erste aufgeführt. Sie beschäftigt in vier Betrieben insgesamt 3195 Personen, nämlich 1855 männliche und 1340 weibliche. In der Zwischenzeit hat sich die Zahl der beschäftigten Personen wesentlich vermehrt, man kann heute mit einer Gesamtbelegschaft von rund 7500 Personen, einschließlich Beamte und Angestellte, rechnen.

Als nächste Gruppe wird die Seidenindustrie aufgeführt, und zwar 120 Niederlassungen der Seidenkammerlei, -zwirnerei und -spinnerei mit 655 Arbeitskräften, 78 männlichen und 577 weiblichen, sowie fünf Betriebe der Seidenweberei mit 24 Beschäftigten, acht männlichen und 16 weiblichen. Man hat unter dieser Rubrik nicht die Seidenbandweberei erfasst, sondern in der Mehrzahl die Zwirnereien und Haspelereien, des weiteren, obwohl nicht ausdrücklich angegeben, die Windereien. Das geht nämlich aus der Zahl der Hausgewerbebetriebe hervor, die mit 109 Niederlassungen und 248 Personen verzeichnet ist. Wer die Verhältnisse näher kennt, der weiß, daß in der Hausindustrie die Winderei vorherrscht. Im allgemeinen ist auch an dieser Stelle zu sagen, daß bei der Steigerung der Kunstseidenproduktion eine Zunahme der Betriebe und Beschäftigtenzahl dieser Gruppe zu beobachten ist.

Wollindustrie ist in Barmen nicht vorhanden; dagegen weist die Baumwollindustrie insgesamt 108 Niederlassungen mit 1287 Personen, 252 männlichen und 985 weiblichen, auf. Hierunter sind 82 Hausgewerbebetriebe mit 194 Beschäftigten. Die Baumwollzwirnerei, -spinnerei und -hasperei ist mit 91 Niederlassungen und 346 Personen, nämlich 87 männlichen und 259 weiblichen, vertreten. In diesem Zweig dominiert auch die Hausindustrie mit 80 Betrieben und 191 Köpfen. Der Rest der Baumwollindustrie geht in der Weberei auf, die mit 14 Betrieben und 891 Personen, 165 männlichen und 726 weiblichen, veranschlagt wird.

Die Wollfaserindustrie ist durch sechs Unternehmungen mit einer Gesamtbelegschaft von 139 Köpfen, 36 männlichen und 103 weiblichen, vertreten. Es sollen an dieser Stelle zugleich die sonstigen, weniger bedeutungsvollen Textilgewerbebetriebe Barmens genannt werden. Da bestehen: 20 Fabriken der Wirkerei und Strickerei mit 61 Personen, nämlich 15 männlichen und 46 weiblichen; Herstellung von Sellen, Netzen, Bindfäden und Textilriemen verzeichnen 15 Niederlassungen mit 64 Leuten, 47 männlichen und 17 weiblichen; eine Lumpenreinigungsanstalt mit Fabrikation von Putzwolle ist mit 10 männlichen Personen als Belegschaft vorhanden; des weiteren wären noch die Herstellung von Papieretiketten, Typha usw. mit drei Fabriken und 54 Beschäftigten, 37 männlichen und 17 weiblichen, zu erwähnen, und zuletzt sollen unter diesen für Barmen weniger wichtigen Gewerbebetriebe noch die Hilfsgewerbe der Textilindustrie mit 21 Niederlassungen und 34 Personen, 32 männlichen und zwei weiblichen, aufgeführt sein.

Wie schon einmal gesagt, beziehen sich diese Ziffern alle nach dem Stand der Betriebszählung von 1925. Werfen wir nun wieder den Blick auf die weiteren, für das Textilwirtschaftsleben Barmens wichtigen und neben der Kunstseidenindustrie ausschlaggebenden Gewerbebetriebe. Eine der stärksten Vertreter der Barmer Textilwirtschaft ist die Teppich- und Möbelstoffindustrie, welche in fünf Niederlassungen 1575 Personen, 1133 männliche und 442 weibliche, arbeiten läßt. Hiervon entfallen auf die Teppichindustrie zwei Unternehmungen und 1175 Beschäftigte, 861 männliche und 314 weibliche; die restlichen 400 Personen Belegschaft, 272 männliche und 128 weibliche, verteilen sich auf drei Betriebe der Möbelstoffindustrie. Diese Zahlen beweisen, daß man hier von einer ausgesprochenen Großindustrie sprechen kann, zumal keinerlei Hausindustrie in diesem Gewerbebetriebe vorhanden ist. Bemerkenswert ist auch die auffallend hohe Zahl der männlichen Personen, die in der Teppich- und Möbelstoffindustrie ihrem Erwerb nachgehen, ein Zeichen für die Komplexiertheit der technischen Einrichtungen dieser Gruppe. Daß die mitgeteilten Ziffern inzwischen eine Verschiebung nach oben erfahren haben, man darf ruhig eine Gesamtbelegschaft von 2000 Personen annehmen, sei ebenfalls erwähnt.

Die Jahrhundert alte Industrie der weltberühmten Barmer Artikel wird in der Statistik unter Posamentenherstellung, Bandweberei, -wirkerei, -flechterei, Gummweberei, -strickerei und -wirkerei erfasst. Es sind in dieser Gruppe 1297 Niederlassungen mit 16 670 beschäftigten Personen, 9364 männlichen und 7306 weiblichen, aufgeführt. Davon sind 952 Hausgewerbebetriebe mit 1936 Arbeitskräften. In dieser Industrie überwiegt der Klein- und Mittelbetrieb; denn es sind nur zwei Niederlassungen mit 1304 Personen vorhanden, die als Großunternehmungen angesprochen werden können. Die Stärke der Hausindustrie muß als typisch für die Barmer Artikel-Industrie betrachtet werden; sie kommt noch besser zum Ausdruck, wenn man den Umstand erwägt, daß außerhalb Barmens ebenfalls Hausindustrie besteht, die von Barmer Unternehmern Aufträge erhalten.

Die Spitzenindustrie Barmens findet ihren zahlenmäßigen Ausdruck unter der Rubrik Gardinenherstellung, Spitzen- und Filzweberei, Häkelerei und Strickerei. Es waren 1925 vorhanden: 208 Betriebe mit 6183 Personen, 3987 männliche und 2196 weibliche. Die Spitzenindustrie gehört unseres Erachtens ebenfalls zur Barmer Artikel-Industrie. Nach dieser Richtung weist

Lacht mit!

Richter: „Wieso kamen Sie dazu, den Redakteur so zu mißhandeln, Angeklagter?“
 Angeklagter: „Als ich kürzlich hundert Mark gestohlen hatte, hat er in die Zeitung geschrieben hundertfünfzig. Ich habe dadurch die größten Unannehmlichkeiten mit meiner Frau gehabt!“
 „Ach, Kläre, du hast die wieder einen Topfhut gekauft? Sind das neue Blumen darauf?“
 „J bewahre, nur ungetopft.“
 „Ach, habe ich das Vergnügen, mit Herrn Braun zu sprechen? Kennen Sie meinen Enkel, der bei Ihnen im Büro arbeitet?“
 „Ja, ja, ich entsinne mich — vorigen Dienstag hat er um Urlaub für Ihre Beerdigung.“
 „Sag, Adolf, wirst du mich ebenso lieben, wenn ich alt und häßlich bin?“
 „Geliebte! Du kannst wohl älter werden — häßlicher nie!“

Die Statistik einen besonderen Mangel auf, abgesehen von der viel zu wenig durchgeführten Spezialisierung. Die Hausindustrie ist in dieser Rubrik mit 72 Niederlassungen und 269 Beschäftigten vertreten.

Die Textilverarbeitung und -ausrüstung, die in Darmen vorwiegend als Lohnindustrie betrieben wird, ist mit 79 Unternehmungen und 3251 Personen Gesamtbeschäftigung aufgeführt, nämlich 2637 männliche und 614 weibliche.

Wir wollen an dieser Stelle die vorliegende Statistik nicht auf ihre Mängel untersuchen, sondern nur die Tatsache unterstreichen, daß ihre volle Ausschöpfung infolge der Konjunktur- und Saisonchwankungen großen Hemmungen unterliegt. Zudem wurde die Betriebszählung durch das Reich veranlaßt, so daß die örtlichen Eigenheiten und Spezialisierungen, wie es gerade für Darmens Textilindustrie notwendig wäre, unberücksichtigt blieben. Erstreckt ist jedenfalls, daß man durch vorliegende Ziffern wenigstens ein ungefähres Bild über Darmens vielfältige und differenzierte Textilindustrie erhält. P. P.

Folgen Mieterhöhungen Lohnerhöhungen?

Während des 30-jährigen Bestehens des deutschen Vereins für Wohnungsreform hielt dieser in Berlin eine Tagung ab. Justizrat Stegner, München, hielt einen Vortrag über „Die zweite Hypothek“. Er schilderte die Schwierigkeiten der Beschaffung einer zweiten Hypothek und machte Vorschläge zur Milderung. Sein Hauptvorschlag ging dahin, eine wesentliche Mieterhöhung vorzunehmen und er begründete diesen Vorschlag damit, es sei falsch, zu sagen, die Mieten müßten verbilligt und den Löhnen angepaßt werden; richtig sei, die Einkommen zu erhöhen, damit die Mieten bezahlt werden können. Die Finanzierung des Neubaus müsse sich selbst tragen. Der Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes Treffert widersprach dieser Ansicht. Er rechnete aus, wenn das freie Kapital ohne Hilfe der öffentlichen Hand baue, würde bei einem Bauindex von 175 und bei 10-12 Prozent Zinsen und bei gestiegenen Verwaltungskosten die Miete etwa das vierfache der Friedensmiete betragen. Die Einkommen müßten dann verdreifacht werden. Bis jetzt seien noch bei keiner Erhöhung der Preise und Mieten die Einkommen „von selbst“ in gleichem Maße gestiegen. Nur durch harte Kämpfe konnten einige Pfennige Lohn- und Gehaltszulage herausgeholt werden. Wie schwer es ist, die Löhne zu erhöhen, zeigen die jetzigen Kämpfe im Metall- und Textilgewerbe und im Bergbau. Obwohl in Schlesien die niedrigsten Löhne gezahlt und Hindenburg sich selbst vom Elend überzeugt habe, könne kaum ein Fortschritt erzielt werden. Zudem wirke eine rapide Steigerung der Einkommen auf unser gesamtes Wirtschaftsleben und beeinflusse den Außenhandel. Deshalb sei es viel richtiger, die Miete zu verbilligen. Das könne geschehen durch Vereinfachung billigen Bodens (insbesondere bei Bodenreform- und Städtebaugesetz), durch Senkung der Zinsen oder Zinszuschüsse (deshalb höhere Zuschüsse aus der Hauszinssteuer und zeitliche Verminderung für den Wohnungsbau), durch Verbilligung der Baukosten (deshalb Rationalisierung, Typisierung, Aufstellung eines Bauprogramms usw.), durch Verbilligung der Anlagebeiträge (Zulassung einfacher Wohnstraßen usw.). Treffert warnte zum Schluß vor dem Experiment, die Mieterhöhungen als Leuchtfeuer zu nehmen. Die Folgen für unser Wirtschafts-, Staats- und politisches Leben seien unabsehbar.

Die Auffassung des Vertreters des Deutschen Gewerkschaftsbundes vertritt auch das Reichsarbeitsministerium. In der bekannten Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung vom 1. Oktober 1927 wird gesagt, daß die Neubauten heute ohne Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln sich auf mindestens 300 Prozent der Miete einer entsprechenden Wohnung in der Vorkriegszeit stellen würde. Der Kapitaldienst allein betrage 350 Prozent des Friedensbeitrages. Dazu kämen noch die gestiegenen Aufwendungen für Unterhalt, Verwaltung, Steuern und dergleichen. „Daß solche Mieten aus dem Einkommen der überwiegenden Mehrheit aller Haushalte nicht bezahlt werden können, ist selbstverständlich. Das bedeutet aber, daß ohne öffentliche Hilfe der Wohnungsbedarf durch die freie Wirtschaft nicht befriedigt werden kann.“ Wie sich die Finanzierung des Neubaus selber tragen kann, hat der Redner nicht angegeben. Es sei, er tritt für eine Verdrei- bis vierfachen der Mieten ein. Die Behauptung, die Miete steige von selbst — Redner sagte sogar, die Löhne folgen zwingend den Steigerungen der Wohnungsmiete — wird auch durch die Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums widerlegt. Es heißt in der Denkschrift:

„Bei dem großen Anteil, den die Miete an den Ausgaben für den notwendigen Lebensunterhalt hat, ist jede Mieterhöhung von weittragenden Folgen für die Lebenshaltung, für den Verbrauch und damit für die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Man wird daher an eine Erhöhung der gesetzlichen Miete nur dann denken können, wenn man darauf rechnen kann, daß ein großer Teil der Bevölkerung durch eine Erhöhung seines Einkommens den notwendigen Ausgleich dafür erhält. . . . Der Zeitpunkt einer Mieterhöhung kann daher nicht willkürlich gewählt werden, sondern er ist bedingt durch den Ablauf der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung. . . . Auch darf durch eine einseitige Festsetzung der Mieterhöhung nicht die ganze Lohnentwicklung beeinträchtigt werden. Wenn diese Umstände eintreten werden, läßt sich nicht voraussagen. Bei vorsichtiger Schätzung aller Verhältnisse wird man zurzeit feststellen müssen, daß in absehbarer Zeit eine derartige Entwicklung voraussichtlich nicht eintreten wird.“

Was das Reichsarbeitsministerium vor einem Jahr sagte, gilt auch heute noch in vollem Umfange. Es muß deshalb nicht vor einem solchen Experiment, wie es Professor Stegner vorschlägt, gemerkt werden.

Aus einer Stadtverwaltung mit sozialistisch-kommunistischer Mehrheit

Der Chauffeur W. war zwei Jahre arbeitslos. Er hat fünf Kinder im Alter von zwei bis neun Jahren; seine Frau und ein Kind waren schwer krank. Er kam mit der Miete in Rückstand, doch der Bezirksvorsteher beim Wohlfahrtsamt Kreuzberg verschleppte die Angelegenheit. Zweimal wurde sogar dem Geschädigten erklärt, die Akten seien verlorengegangen. Es erfolgte daraufhin Klage beim Gericht, dieses verurteilte den Schuldner, die Miete in drei Raten zu zahlen bis 25. Mai, andernfalls erfolgt Exzmission.

Daß ein Mann mit fünf Kindern, der zwei Jahre arbeitslos war, neben seiner laufenden Miete nicht 126 M. in drei Monatsraten nachzahlen kann, dürfte auch dem Wohlfahrtsamt Kreuzberg einleuchten. Dies erklärte jedoch, da W. inzwischen Arbeit bekommen habe, müsse er die Miete selbst zahlen.

Nun kam W. mit der Ratenzahlung in Rückstand, da er wöchentlich nur 10 M. abstoßen konnte. Der Vermieter Schwarzkopf erklärte, da er die Zahlungstermine nicht eingehalten habe, erfolge die Exzmission. Der Gerichtsvollzieher wurde auch beauftragt, am Sonnabend, den 8. September, die siebenköpfige Familie auf die Straße zu setzen. Alle Hinweise bei dem Vermieter, daß W. keine andere Wohnung habe, fruchteten nichts. Er erklärte, an einer siebenköpfigen Familie sei ihm nichts gelegen, er bekäme jederzeit einen Mieter, der ihm noch einen Abstand von einigen hundert Mark zahlen würde. Das Wohnungsamt Neukölln erklärte, es könne erst eine Wohnung nachweisen, wenn eine Bescheinigung seitens des Gerichtsvollziehers vorliege.

Obwohl W. und seine Frau mehrmals persönlich bei dem Gerichtsvollzieher waren, stellte er diese Bescheinigung erst am 3. September aus. Dem Wohnungsamt Neukölln war es nicht möglich, vom 3. bis 8. W. unterzubringen, somit stand er vor der Exzmission. Das Wohlfahrtsamt Kreuzberg wurde angerufen, es möge W. vor Obdachlosigkeit schützen. Es erklärte, nicht zuständig zu sein. Die Polizei wurde in Anspruch genommen, auch sie erklärte, nichts dagegen tun zu können.

Das Wohnungsamt Kreuzberg erklärte, zuständig sei das Wohnungsamt Neukölln, und das Wohnungsamt Neukölln sagte, es habe zurzeit keine andere Wohnung. Das Zentralwohnungsamt wies darauf hin, daß die Befugnisse der Obdachlosenpolizei dem Wohnungsamt übertragen seien, und es gelang mir nach all den Auseinandersetzungen mit den verschiedensten Stellen, den Vorsteher des Wohnungsamtes Kreuzberg zu bewegen, eine Verfügung zu erlassen, daß W., wenn er aus der Wohnung herausgesetzt sei, um ihn vor Obdachlosigkeit zu schützen, wieder in die gleiche leerstehende Wohnung eingewiesen würde.

Als nun der Gerichtsvollzieher mit vier Mann antrat, um die Wohnung zu räumen, nahm er nur davon Abstand, weil — wie er sagte — ein Formfehler vorgekommen sei. Er komme jedoch am Montag, 2 Uhr, und werde räumen. Tatsächlich erschien auch der Gerichtsvollzieher um diese Zeit mit vier kräftigen Arbeitern und ließ die gesamte Habe des W. in den Hof befördern. Die Frau, die gerade dabei war, eine Suppe für die Familie zu bereiten, mußte damit aufhören. Der Kochtopf wurde vom Feuer genommen und auf den Hof befördert.

Nun kam eine Verfügung des Wohnungsamtes, als Obdachlosenpolizei, daß die Familie, weil sie obdachlos sei, wieder in die leerstehende Wohnung eingehen könne. Welche Qualen die Familie durchgemacht hat in den letzten Tagen, kann nur jemand schildern, der die verzweifeltsten Hilfserufe gehört hat. Ob das Wohlfahrtsamt Kreuzberg, das den ganzen Vorgang verschuldet hat, künftig Mietrückstände bei Arbeitslosen etwas ernster nimmt, bleibt abzuwarten.

Stadterordneter Treffert.

Allgemeine Rundschau

Ein einwandfreies Zeugnis für die gesunkene Kaufkraft.

In den augenblicklichen Lohnkämpfen spielt die Frage der Kaufkraft der breiten Schichten eine wesentliche Rolle, einmal in bezug auf die Lebenshaltung des größten Teiles der Bevölkerung und zum anderen in bezug auf die Belegung der Produktion durch inländische Absatzleistung. Gegenüber den Argumenten der Arbeitgeber, daß die Kaufkraft der Lohn- und Gehaltsempfänger gestiegen sei, ist es interessant, was der Einzelhandel, der die Tatsache des Mehr- oder Mindereinkommens am greifbarsten spürt, dazu zu sagen hat. Auf der Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels in der vergangenen Woche konstatierte Alfred Tiez, Köln, eine starke Strukturveränderung des Konsums: „Das deutsche Volk ist ärmer geworden. Es muß die paar Pfennige, die zur Verfügung stehen, mehr als bisher für lebensnotwendige Gegenstände ausgeben; daher sehen wir ein Anwachsen des Konsums an Lebensmitteln und einen Rückgang des Konsums an Geschenkartikeln und Luxuswaren. Die Wahrheit, daß die Kaufkraft sehr stark gesunken ist, erfährt man auch daraus, wenn man den Wert des

einzelnen Kaufbons 1927 in Relation bringt zu 1913. Der Wert ist um 27 Prozent gestiegen. Da aber der Preis der Waren um rund 50 Prozent gestiegen ist, so geht daraus hervor, daß die Kaufkraft gestiegen ist, mangels ausreichender Einkünfte um 15 Prozent geringwertigere Ware zu kaufen, als in der Vorkriegszeit.“ Das Vorstandsmitglied Dr. Tiburtius hob hervor, daß die Umfrage des Einzelhandels stark bedingt seien durch das Arbeitseinkommen der breiten Masse. Sie sei der wichtigste Teil der Bevölkerung für den Einzelhandel, der deshalb ein starkes Interesse an aktiver Lohnpolitik habe. Die Arbeitgeber müßten dieser Tatsache Rechnung tragen. Die Rationalisierung sei nicht nur eine technische Angelegenheit, sondern müsse auch in den Arbeitslöhnen zum Ausdruck kommen, da sie ja auch eine Angelegenheit der Arbeitsleistung sei.

Katholische Gesellenvereine und christliche Gewerkschaften.

Katholische Gesellenvereine und christliche Gewerkschaften haben auf der ganzen Westküste, die sie bisher zurückgelegt haben, immer in freundschaftlicher Verbundenheit miteinander gestanden. Diese Verbundenheit unterstrich erneut eine Konferenz von Präsidien und Vertretern der Gesellenvereine, die sich in den letzten Tagen in Köln zum „Deutschen Zentralverband katholischer Gesellenvereine“ zusammenschlossen: „Da die freien Gewerkschaften immer stärker sich zu Vertretern sozialistischer Kultur- und Weltanschauungsbehalte machen, indem sie u. a. die weltliche Schule fordern und die sozialistische Wohlfahrtsarbeit unterstützen, kommen für Mitglieder des Gesellenvereins, der für ein christliches Gesellschaftsideal eintritt, nur christliche Gewerkschaften in Betracht. Der Deutsche Zentralverband katholischer Gesellenvereine fordert deshalb seine Mitglieder erneut auf, nicht nur zur Vertretung der wirtschaftlichen Forderungen, sondern auch zur Stärkung einer christlichen Kulturbewegung in die christlichen Gewerkschaften einzutreten.“

Berichte aus den Ortsgruppen

Dahlhausen. Unsere Ortsgruppe hielt am Mittwoch, den 24. 10., eine Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Beyer, eröffnete die Versammlung. Darauf erstattete der Sekretariatsleiter, Kollege Dünnleder, Bericht über den Verlauf der Verhandlungen in Düren und M.-Gladbach. Es war ein sehr guter Vortrag, welcher von den Mitgliedern mit regem Interesse verfolgt wurde. Er schilderte die Sache für jedermann verständlich, was unter den Mitgliedern hoffentlich gut gewirkt hat. Zum zweiten Punkt wurde von Kollegen D. Beyer ein Bericht über die Bezirkskonferenz gegeben. Er schilderte die Zusammenlegung der Bezirke zum Bezirk Rheinland, dann die Einführung der Invalidenunterstützung. In der Aussprache meldete sich u. a. auch ein alter Kollege. Dieser glaubte, eine andere Sache wäre nötiger; er ernannte die Mitglieder, lieber einen höheren Beitrag zu zahlen, damit die Kampfkasse noch bedeutend stärker würde, denn das wäre in der Zukunft viel wichtiger. Wir sollten uns einmal ein Bild machen von den Unternehmern, die zahlten ganz andere Beträge als die Arbeiter. Es wurde hierauf vom Vorstand noch festgestellt, daß in der Ortsgruppe schon viele sind, die weit über den Pflichtbeitrag zahlen, einige sogar den höchsten Beitrag von 2,10 M., welches mit einem Bravo von der Versammlung aufgenommen wurde. Zum Schluß dankte der Vorsitzende den Mitgliedern für ihr gutes Aushalten und bittet nochmals, alle Versammlungen so zu besuchen wie die heutige, dann fernherhin zu werben, damit die Ortsgruppe am Schluß dieses Quartals wieder bald 600 Mitglieder zählt.

† Sterbetafel †

Wilh. Wistuba, Neustadt, 88 J. — Lorenz Neubauer, Forchheim, 59 J. — Maria Wilms, M.-Gladbach, 64 J. — Gottfried Altgott, Rheindt, 62 J. — Josefina Schäuble, Freiburg/Br., 62 Jahre. — Josef Kretschmar, Neustadt, 86 J. — Moiss Kreih, Naden, 68 J. — Johann Schneider jr., Engelskirchen, 87 J. — Matth. Wilhelm Grandenath, M.-Gladbach, 78 J. — Jakob Schindelen, Krefeld, 76 J. — Peter Rauhen, Krefeld, 61 J. — Maria Hahn, Darnen, 46 J. — Frau Christiane Schages, Hülse, 81 J.

Ruhet in Frieden!

Versammlungskalender

Cottbus, Sonnabend, den 17. November, abends 7.30 Uhr Versammlung bei Uß.

Inhaltsverzeichnis

Artikel: Vor schweren Arbeitskämpfen in der sächsischen Textilindustrie. — Der deutsche Außenhandel mit Textilfertigwaren. — Nationale Wirtschaftskonzentration und Beschäftigung. — Gefahren der modernen Erwerbs- und Lebensverhältnisse für die Jugend. — Tagung des Bundes deutscher Bodenreformer. — Darmens Textilindustrie in Ziffern. — Folgen Mieterhöhungen Lohnerhöhungen? — Aus einer Stadtverwaltung mit sozialistisch-kommunistischer Mehrheit. — Feuilleton: Reisezeit. — Bei den Tanzenden Derwischen. — Lacht mit! — Allgemeine Rundschau: Ein einwandfreies Zeugnis für die gesunkene Kaufkraft. — Katholische Gesellenvereine und christliche Gewerkschaften. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dahlhausen. — Sterbetafel. — Versammlungskalender. — Inserate.

Für die Redaktion verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf, Frotzstraße 7.

Käse billiger direkt ab Fabrik
Holländer Art (gelbe Rinde) 9 Pfd. 3.60 Mk.
Holl. Tafelkäse (rote Rinde) 9 Pfd. 3.65 Mk.
Tilsiter Art (gelbe Rinde) 9 Pfd. 4.80 Mk.
Edamer Art (rot gewaschen) 9 Pfd. 4.90 Mk.
Gute schneideste Ware, hergestellt im Schmelzverfahren. Nachh., Porto und Verpackung 1 Mk. extra.
Otto Bartsch, Käsefabrik, Hamburg 33, 45.

ZIGAREN

6 Pfg. Versteuert zu Engrospreis	100 Stück	4.20 Mark
10 Pfg. „ „ „	100 Stück	7.00 „
15 Pfg. „ „ „	100 Stück	10.50 „
20 Pfg. „ „ „	100 Stück	14.00 „

Rein Übersee mit Havanna-Einlage in eleganten 50er Kisten. Versand per Nachnahme von 50 Stück an zu oben angegebenen Engrospreisen.
K. W. Hoppe, Plauen i. Vogtland, Baumstr. 78

Weihnachten
Bismarck-Weihnachten, Krefeld, Kreisens W. Nr. 522

Vertriebsstellen, Färrschellen, Tischdecken, Diploie, Abzeichen, Färrschellen, Schiller, Essen-R., Hobelstraße 49

Sommersprossen
Fichtel und Wiltner
Ursachen Teigt, großporige Haut entfernt unter Garantie die Hautschilur „Carrierm“ Kurpassung M. S.
Hautschilur „Pohl“ erzeugt über Nacht den schönsten Lockenkopf. Flasche M. 2.25
Ausführliche Preisliste Nr. 10 kostenlos
Georg Pohl, Berlin S 25, Abt. W. Gröbner, 69/70

CARMOL
darf in keinem Hause fehlen
Wie oft kommt es vor, daß man nachts irgendwelche Schmerzen leidet. Man wird von Kopf, Schenkel, Brust, Rücken, Hals, oder auch hohler Zahn, Knebel, Hals, Wadenkrämpfe, Rheumatisches Kreuz- oder Gliederschmerzen qualen eined.
Hilfe bringt Karmelitergeist CARMOL
Man verlange in Apotheken und Drogerien ausdrücklich CARMOL, Carmol tut wohl!
Preis Mk. 1.50 und 3.75
Carmol-Fabrik, Rheinsberg (Mark)

Nur Nachnahme 6,75
4 Pfd. Schweinefleisch
3 Pfd. Sülze
2 Pfd. Blut- oder Leberwurst
Wurstfabrik Ballmann & Co., Norderf. 270, Holst.
garantiert reine, saure, gewürzte feinste Qualität
ab hier Nachnahme
H. Ritter, Schkölen i. N. Nr. 157, Pflaumenstr.